ebenso offensichtlich wie die vorhandenen Forschungsdesiderate. Im Untersuchungsdesign wird zwischen personen- und organisationsbezogener Beratung unterschieden. Fokussiert wird die personenbezogenene Weiterbildungsberatung, ergänzt um die Lernberatung.
Von den umfangreichen Ergebnissen seien nachfolgend einige Punkte genannt:
Das Selbstverständnis der befragten Anbieter differiert und somit auch ihre Zielsetzung und die erreichten Zielgruppen. Eigenständige Beratungsstellen und Weiterbildungseinrichtungen bieten Bildungsinteressierten (oft ohne Berufsbildungsabschluss) eine allgemeine personenbezogene Orientierungshilfe, während Kammern eher auf berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen zielen und die Beratung in den Betrieben im Wesentlichen zu schließende Qualifizierungslücken von bereits qualifizierten Personen im Blick hat.
Bezogen auf Beratungskonzepte und das Kompetenzprofil der Berater wird offensichtlich, dass es in Deutschland bislang keinen Ausbildungsgang Weiterbildungsberatung gibt. Folglich ist Beratungsqualifizierung eher eine persönliche Angelegenheit. Somit finden in der Praxis eine Vielzahl von Konzepten und Beratungsansätzen ihre Anwendung. Dann verwundert es nicht, „dass lediglich 45 % der befragten Berater/innen insgesamt angeben, sich in ihrer Beratungspraxis auf eine Beratungstheorie zu beziehen" (S. 132).
Bezüglich der regionalen Verteilung von Angeboten zur Weiterbildungsberatung ist aus der Studie deutlich ersichtlich, dass es eine regional extrem unterschiedliche Dichte gibt. So befinden sich allein 97 von 329 anbietenden Institutionen in NRW, in Sachsen hingegen nur sechs (vgl. S. 99).
Angesichts allgegenwärtiger Diskussionen über Kosten und Finanzierungsfragen wird noch ein Blick auf die Frage nach der Bereitschaft bzw. Fähigkeit der Ratsuchenden zur Entrichtung von Gebühren geworfen: Bei den eigenständigen Beratungsstellen und Weiterbildungseinrichtungen geht man zu mehr als 70 % davon aus, dass die Ratsuchenden Beratung nicht bezahlen können, wohingegen die Berater/innen bei den Industrie- und Handelssowie bei den Handwerkskammern bei ihrer Klientel eher eine „fehlende Bereitschaft" (S. 60) sehen, für Beratung Geld zu bezahlen.
Angesichts der zunehmenden – auch öffentlich formulierten – Bedeutung von Beratung (EU-Ratsbeschluss vom 28.05.04) können die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sowohl für die Beratungspraxis als auch für die Wissenschaft und die Politik eine wertvolle Grundlage sein, um ihren Beitrag zur Absicherung und Weiterentwicklung einer qualifizierten Beratungsarbeit zu leisten.

Elisabeth Fuchs-Brüninghoff

Lyn Tett
Community Education, Lifelong Learning and Social Inclusion
(Dunedin Academic Press) Edinburgh 2002, 72 Seiten, 16,95 Euro, ISBN: 1-903765-110

Das schottische Parlament plant eine Reformierung von Schule und Erwachsenenbildung. Die vorliegende Veröffentlichung ist Band 4 einer Schriftenreihe über „Policy and Practica in Education". Ziel dieses Projekts ist die Förderung eines pädagogischen Bewusstseins in der Öffentlichkeit. Die schottische Regierung misst der Bildungspolitik höchste Priorität bei. In diese Reformdiskussion sollen nicht nur Bildungspolitiker, sondern auch Lehrer, Eltern, Kommunalpolitiker einbezogen werden. Die Reform des Bildungssystems wird als Grundlage einer Zivilgesellschaft und der sozialen Inklusion aller Bevölkerungsgruppen bezeichnet.
„Community Education" ist nicht nur sozialpädagogische Gemeinwesenarbeit, sondern auch lebenslanges Lernen in kommunalen Kontexten. So gehören Jugendbildung, Familienbildung, Gesundheitsbildung, Stadtentwicklung zu den Aufgaben kommunaler Bildungspolitik.
Das hier vorgestellte Konzept versteht sich als subjekt- und zielgruppenorientiert, es soll zur Verringerung von sozialen Exklusionen und Benachteiligungen beitragen, es soll die politische Urteilsfähigkeit und Handlungsbereitschaft fördern und die Lebensqualität aller verbessern.
Das Gutachten enthält konzeptionelle Überlegungen und praktische Beispiele. Es lässt die Anstrengungen des schottischen Staates zur Förderung der außerschulischen Bildungsarbeit erkennen. Viele Entwicklungen – z. B. die Zunahme des informellen Lernens – scheinen mit Trends in Deutschland vergleichbar zu sein.

H. S.